

Merseburger Correspondent.

Er scheint:
Sonntag, Montag, Mittwoch, Donnerstag
und Samstag früh 7 1/2 Uhr.
Geschäftsstelle: Deigeburg Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:

Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung.
1 Mark 10 Pfg. durch den Gerumträger.
1 Mark 15 Pfg. durch die Post.

No. 81.

Donnerstag den 26. April.

1894.

Für die Monate Mai und Juni werden Abonnements auf den
„Merseburger Correspondent“
zum Preise von 80 resp. 84 Pf. von allen Postanstalten, Postboten, sowie in der Expedition entgegengenommen.

Inserate finden bei der großen Auflage des Blattes die zweckentsprechendste Verbreitung.

Der Commissionsbericht über die kirchenpolitische Novelle.

Der schriftliche Bericht der Commission des Abgeordnetenhauses über die Novelle zur Kirchenverfassung und Synodalordnung ist mit überraschender Schnelligkeit bereits am Montag zur Berathung gelangt; aber er ist auch darnach. Schriftliche Berichte haben nur einen Zweck, wenn sie den Abgeordneten das vollständige Material zur Beurtheilung der Fragen vorführen, um deren Entscheidung es sich handelt. Daß das im vorliegenden Falle nicht geschieht, ist anscheinend nicht die Schuld des Berichterstatters, sondern diejenige der Commission. Die Berathung des § 1 der Vorlage, welcher die einzelnen Bestimmungen der Gesetze aufzählt, die in Zukunft nur mittelst eines durch die kaiserliche Gesetzgebung ausgehenden Kirchengesetzes abgeändert werden können, wurde im Hluge erledigt. Von Interesse ist, daß derselbe Cultusminister, der in der Generaldiscussio die Vorlage damit motivirte, es sei Pflicht des Staates gewesen, die zum Frieden gebotene Hand (welcher Hand ist das?) zu ergreifen, damit nicht die „Krieg kirchliche Richtung“, das heißt, die überstehende Bewegung im Sinne der kirchlichen Hammerstein'schen Anträge, wieder mit ihren weitgehenden Ansprüchen die Oberhand gewinne, nachher die Abänderung der §§ 34 und 35 der Gemeinde- und Synodalordnung, betreffend das aktive und passive Wahlrecht in der Gemeinde durch ein Kirchengesetz allein zwar für unbedenklich hielt, aber mit Rücksicht auf die Haltung der Freiconservativen und Nationalliberalen folgendes erklärte: „Andererseits muß die Staatsregierung den lebhaften Wunsch hegen, daß die Vorlage eine möglichst große Mehrheit im Hause findet und wird sie daher, wie ich für meine Person annehmen möchte, aus dieser Rücksicht einem Beschlusse, wonach es bei der staatsgesetzlichen Bindung jenes Paragraphen auch ferner bewenden soll, keinen Widerspruch entgegenzusetzen, vielmehr Alles aufbieten, um die Annahme der Vorlage in der so abgeänderten Gestalt auch beim Herrenhause durchzusetzen.“ Für die kaiserliche Bindung stimmten aber nur die drei Freiconservativen, gegen dieselbe acht Conservativen. Bei Anwesenheit der sechs Nationalliberalen und Freisinnigen, die bekanntlich die Theilnahme an der Verhandlung abgelehnt hatten, wäre, da das Centrum sich in diesen Detailfragen der Abstimmung enthielt, der Antrag auf kaiserliche Bindung des ganzen § 34 mit 9 gegen 8 Stimmen angenommen worden, während für und gegen kaiserliche Bindung des § 35 (Wahlbarkeit) Stimmengleichheit gewesen wäre. Nach § 2 der Vorlage sollen in Zukunft Kirchengesetze dem Könige zur Sanction vorgelegt werden können, auch wenn das Staatsministerium nicht erklärt, daß von Staatswegen nichts zu erörtern sei, während nach der jetzigen Fassung der bezüglichlichen Bestimmung die Vorlegung des Kirchengesetzes an den König ausgeschlossen ist, wenn das Staatsministerium die sog. Unschädlichkeitserklärung nicht abgibt. Der Cultusminister vertritt den Standpunkt, daß thausächlich nichts geändert werde. Auch nach der bisherigen Bestimmung wäre die obere Kirchenbehörde „formell“ nicht gebunden, in dem Falle, wo das Staatsministerium das Kirchengesetz beanstandet, den Weg der Beschwerde beim König zu beschreiten! Kürzlich sei es allerdings möglich, daß der König das seitens des Staatsministeriums beanstandete Kirchengesetz vollziehe.

„Entschieden er, führte Minister Doffe aus, gegen das Staatsministerium, so ist der Conflict zwischen beiden vorhanden und das Staatsministerium wird sich, wie bei jedem anderen Conflict, in welchen es mit dem Staatsoberhaupt geräth, die Frage vorlegen müssen, ob es seine Ansicht aufgeben oder demissioniren will.“ Darnach weiß man also, was es zu betreten hat, wenn in der Begründung der Vorlage gesagt ist, daß Gesetze werde nur die Wirkung haben, daß auch in Zukunft die kaiserliche Aufsicht über die Kirchengesetzgebung ausgeübt werde; nur trete das Staatsministerium an die Stelle der Staatsgesetzgebung! In Wirklichkeit bedeutet das Gesetz die Befugigung der kaiserlichen Aufsicht überall da, wo das Staatsministerium allein ohne Mitwirkung der gesetzgebenden Faktoren entscheidet. Für diejenigen, die sich darüber den Kopf zerbrechen, daß Herr Dr. Riquel, der preussische Finanzminister, die Doffe'sche Vorlage im Staatsministerium nicht beanstandet hat, ist der Bericht insofern von besonderem Interesse, als er Äußerungen des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Riquel vom 26. Februar und 9. Mai 1876 anführt, die es für gleichgültig erklären, ob die Kirchengesetze mit oder ohne Unschädlichkeitserklärung des Staatsministeriums dem Könige vorgelegt werden können. Die Unterscheidung sei „wenigstens unpraktisch“, weil die Gefahr eines wirklichen Conflictes sehr gering sei! Herr Riquel ist heute noch derselben Ansicht wie 1876 trotz der Kleist-Hammerstein'schen Bewegung und trotz der Herrschaft der Stöder u. Gen. in der Generalsynode und obgleich die Gefahr eines Conflictes oder — was noch schlimmer ist — einer weichenhändigen Nachgiebigkeit seitens des Staates in dem Maße zunimmt, als die Kirchengesetzgebung von den Fesseln der Bewusstseinsklärung durch die Staatsgesetzgebung gelöst wird. Daß bei der Schlussabstimmung in der Commission von den drei Freiconservativen nur Herr v. Jellbi bei seinem Widerspruch gegen das Gesetz beharrte, während die Abg. Schreiber und Weyerbusch unter nachigen Voraussetzungen sich der Mehrheit unterwarfen, ist charakteristisch.

Die Liebesgabe für Preußen

forbert die Budgetcommission des Abgeordnetenhauses. Das ist das Ergebnis der Verhandlungen über die Denkschrift des Abg. Sattler, betr. die Finanzlage des preussischen Staates, welche am Montag Abend zu Tage gefördert wurde. Zu einer längeren Discussion führte, wie und berichtet wird, die Frage, ob man preussischerseits nur die Forderung stellen solle, daß das Reich seine Ausgaben aus eigenen Mitteln, ohne Inanspruchnahme der Einzelstaaten decken müsse, was Abg. Sattler beantragt hatte, oder auch darüber hinaus Ueberweisungen aus Reichsmitteln an die Einzelstaaten verlangen solle. Für das letztere Verlangen entschied sich schließlich die Mehrheit der Commission mit allen gegen zwei Stimmen (1 Centrum, 1 Freis.), welche das System der Ueberweisungen verworfen. Der Finanzminister Dr. Riquel, der wiederholt das Wort nahm, betonte, daß die Commission nicht nur solche Wünsche für die solche Regelung der preussischen Finanzen ausgesprochen dürfe, sondern auch darauf hinweisen müsse, daß, wenn das Reich nicht durch Ueberweisungen Hülfe gewähre, in Preußen neue Einnahmen beschafft werden müßten. Ein darauf bezüglicher Antrag wurde auch von dem Abgeordneten von Lischowpe (freisinnig) gestellt, aber, nachdem die meisten Commissionsmitglieder sich aus taktischen Gründen dagegen erklärt, zurückgezogen. So beschränkte sich das Ergebnis der Berathung dann auf die Annahme, daß — jenseitig blas gehalten — Resolutionen: „Der Haus der Abgeordneten wolle beschließen zu erklären: 1) Es ist eine angemessene Schuldenentlastung auf gesetzlicher Grundlage zu erstreben. 2) Im Anblich an die Beschlüsse der Budgetcommission und des Abgeordnetenhauses vom 30. Mai resp. 28. Juni 1893 ist eine Aenderung

des Gesetzes vom 27. März 1882 herbeizuführen, welche die über einen bestimmten Betrag hinausgehenden Ueberschüsse der Staatsbahnverwaltung der Verwendung für allgemeine Staatsverwaltungs-zwecke entzieht. 3) Die bauernde Ordnung der Staatsfinanzen verlangt, daß eine feste Abgrenzung der Beiträge Preußens für die Bedürfnisse des Reichs erfolgt und daß letzteres nicht allein für die Aufbringung der für seine Aufgaben notwendigen Mittel aus dem ihm reichverfassungsmäßig zuzustehenden Quellen, sondern auch für Ueberweisungen an die Einzelstaaten in einem die Materialarbeit übersteigenden Maße Sorge trägt.“ Biquemer kann man es sich nicht wohl machen. Preußen will Schulden tilgen, die Ueberschüsse seiner Staatsbahnen über eine feste Summe hinaus zu Tarifreformen u. s. w. verwenden, überläßt es aber dem Reichstag, durch neue Steuern die dazu erforderlichen Geldmittel zu beschaffen. Bemerkenswerth ist, daß von den Mitgliedern des Centrums in der Commission nur ein einziges für diese Resolution gestimmt hat, während im Reichstag die Centrumspartei die Entscheidung in der Hand hat.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Die ungarische Arbeiterrevolte in Hommez-Basarhely erinnert nach den vorliegenden näheren Berichten an die letzten italienischen Unruhen. Die Arbeiter verweigerten die Steuerzahlung. Zum 1. Mai wurden große Vorbereitungen getroffen. Unter den Arbeitern wurden Denkschriften vertheilt, welche ihre Forderungen enthielten: Allgemeines Stimmrecht und achtstündige Arbeitszeit. Es waren ferner der „Voss. Zig.“ zufolge Detaillisten ausgearbeitet, nach denen die Hommez-Basarhelyer Arbeiter unter die Arbeiter aufgetheilt werden sollten. Wahrscheinlich war die Bewegung erst für den 1. Mai geplant, ist aber in Folge der Verhaftung des Führers bereits früher ausgebrochen. Die Arbeiter drangen in das Stadthaus und richteten eine wilde Zerföhrung an.

Italien. In der Deputirtenkammer hat die Regierung am Montag abermals einen Erfolg errungen. Nach Beendigung der Berathung des Marinebudgets beantragten Balli und Cavallotti, die Verabreichung der Finanzmaßregeln gleich nach dem Budget des Innern auf die Tagesordnung zu setzen. Crispi sprach dagegen, erklärte aber, die Regierung sei bereit, diese Maßregeln vor dem Schatz- und Einnahme-Budget, oder auch an einem bestimmten Tage, etwa dem 20. oder 15. Mai zu beraten. Im namentlicher Abstimmung wurde darauf der Antrag Cavallotti mit 269 gegen 56 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Crispi, die Finanzmaßregeln auf die Tagesordnung vom 15. Mai zu setzen, wurde mit großer Majorität angenommen.

England. Ueber die englische Erbschaftsteuer erklärte in der Montagssitzung des Unterhauses Schatzkanzler Harcourt, das im Ausland befindliche Eigenheim von im Vereinigten Königreich domicilirten Ausländern sei ebenfalls der neuen Steuer unterworfen. Bisher hätten die Erbschaftsteuern ungefähr 10 Millionen eingebracht; davon entfielen nahezu 9 Millionen auf bewegliches und etwa 1 1/2 Millionen auf unbewegliches Gut. Die neue Steuer werde 13 1/2 Millionen, und zwar das bewegliche Eigenheim 11 Millionen, das unbewegliche 2 1/2 Millionen bringen. — Der Anarchist Ferrara, der in London verhaftet worden ist, hat bereits mehrere ihm schwer gravirte Zugeständnisse gemacht, die ihn als einen sehr gefährlichen Menschen erscheinen lassen. Der Polizeidirector Mc. Guire sagte bei seiner Vernehmung aus, er habe eine vom dem Anarchisten Polti bei dessen Verhaftung abgegebene Erklärung überlegt, in welcher dieser Ferrara alias Farandi alias Garandi beschuldigte und behauptete, daß er, Polti, die Anarchisten verabscheue, welche zu gefährlich für ihn seien. Auf dem Wege zu dem Polizeibureau habe Carnot geklopft, wenn er Geld gehabt hätte, würde er einen Revolver gekauft haben,

er sei zwar klein, besitze aber große Energie; es sei
höchstens von ihm gewesen, nach dem Polizeigerichte
in Bismarck zur Konfrontation mit dem Anarchisten
Reunier zu gehen, er habe aber den Inspector
Reville sehen wollen, weil er ihn tödten
wollte. Der Inspector habe zu viele seiner Kameraden
verhaftet, man müsse ihn bestrafen. Er wisse
wohl, daß er zu vielen Jahren Zwangsarbeit verurteilt
werden würde, aber in zwei oder drei Jahren
würde er doch sterben. Wenn er Geld gehabt hätte,
würde er die Bomben Politi nach Frankreich oder
Italien gebracht haben, da es ihm aber an solchem
Geld fehle, habe er die Explosion in der königlichen
Börse, dem Centrum der City, bewerkstelligt
wollen, an einem Orte, wo viele reiche
Leute versammelt wären, er würde dann eine ansehnliche
Zahl Bourgeois und Kapitalisten getödtet haben,
er werde Nachfolger haben und diese würden mehr
Erfolg haben. In drei Jahren dürfte es
keine Regierung in Europa mehr geben,
das sei sein Glaubensbekenntnis. Der Verlesung
der Aktenstücke hörte Carnot lachend zu. Fast macht
die Darstellung allerdings den Eindruck, als ob
Ferrara einmischer nur hat größtmöglichen Schaden
überhaupt an einer Art Größensache lübet. Nach
den Aussagen des Anarchisten Politi soll Ferrara als
die Centralstelle der Bombenanschläge anzusehen sein.
Er hätte Bomben aufsetzen zu lassen, über dieselben
aber für's Ausland Bestimmung zu treffen, so
wie die Sammlung und Verteilung von Fonds
für anarchistisches Zwecke zu besorgen. Politi gab
an, daß Belgien eines der Hauptzentren des Anarchismus
sei, da alles Geld von dort nach London
geschossen sei. Aus diesen Mitteln, behauptet Politi,
vertheilt „Carro“ die Geldsummen an seine
Agenten und alle aktiven Anarchisten.

Deutschland.

Berlin, 25. April. Der Kaiser wird von
seinen Reisen am Mittwoch, den 2. Mai, nach dem
Neuen Palais zurückkehren. Die Abreise von Schloß
Friedrichshof erfolgt am Dienstag, den 1. Mai, abends,
die Ankunft auf der Wildpartie am Mittwoch,
den 2. Mai, früh gegen 8 Uhr. — Die Kaiserin
wird mit den kaiserlichen Kindern am Sonnabend,
den 28. d. M., von Abbazia im Neuen Palais
wieder einreisen. Die Ankunft auf der Wildpartie
wird nach den bisher getroffenen Bestimmungen
nachmittags um 4 Uhr 54 Minuten erfolgen. —
Am Montag besuchte die Kaiserin bei anhaltend un-
günstigem Wetter an Bord der „Christabel“ mit
ihren Söhnen Flume und machte durch die Stadt
und Umgebung eine Spazierfahrt. Vom Sonnabend
berichtet die „Neue Fr. Pr.“ über einen Zwischenfall
auf dem Spaziergang der Kaiserin. Trotz des Regens
hatte die Kaiserin einen Spaziergang in den Wald
nach der Büffel-Duelle gemacht. Der Hund der
Kaiserin bis eine alte, arme Frau, deren Mann beim
Landen der Dampfer beschiffung ist. Die Kaiserin
berührte die Frau und beschenkte sie mit einem
20-Mark-Goldstück.

— Prinz Heinrich wird nach der „Vol.
Corresp.“ im Laufe des Sommers zu einem be-
trächtlichen Besuche des russischen Hofes in Petersburg
und Winterhof erwartet.
— (Im Anschluß an das Verbot des
Totalisatorspiels) ist den Offizieren, wie
wir noch erfahren, von Neuem angedenkt worden,
sich an Pferderennen nur zu betheiligen, wenn sie in
Uniform reiten. Ferner ist das Salto von Renn-
pferden von der ausdrücklichen Genehmigung der
Regimentscommandeure abhängig gemacht worden,
welche streng dafür verantwortlich gemacht worden
sind, daß nur die wirklich wohlhabenden Offiziere
dieses Luxus treiben.

— (Für die Versammlung zum Reichstage)
im Wahlkreise Ruedberg-Seeberg ist, wie
sich gestern erwähnt, am Sonntag in einer von
Freisinnigen aller Richtungen zahlreich besuchten
Bauernschäferversammlung Director Julius Kopsch.
Berlin einstimmig als Candidat aufgestellt. Herr
Kopsch hatte in einer Ansprache an die Versammlung
seine Stellung zu den praktischen Fragen dargelegt
und u. a. hervorgehoben, es komme nicht auf die
Form, sondern auf den Geist, d. h. die wahre liberale
Besinnung an. Die „Gew. Ztg.“ bemerkt: „Herr
Kopsch ist ein gemäßigter Mann, dem nicht allein
schonmaliges Freisinnige, sondern auch die National-
liberalen, soweit sie noch liberal sind, ihre Stimme
geben können; er ist der geeignetste Mann, in einer
eventuellen Stichwahl mit den Sozialdemokraten auch
die Stimmen der noch weiter rechts stehenden Parteien
auf sich zu vereinigen.“ Ueber die Aufstellung ihrer
Candidaten wollen die Nationalliberalen und die
Sozialdemokraten sich am 29. d. schlüssig machen.
Auch die Antisemiten wollen einen selbständigen
Candidaten aufstellen.

— (Zum Beschäftigungsnachweis der Herren
von Bund der Landwirthe) stellt die „Nord-
Ztg.“ Folgendes zusammen: Die konservative Fraktion

des Reichstags zählt 50 Mitglieder, die das Präbikat
Landwirthschaft beanspruchen, von ihnen haben rund 46
pCt. ihre „Ausbildung als Landwirth“ beim Militär,
34 pCt. bei der Jurisprudenz, 4 pCt. bei der Forst-
wissenschaft, 6 pCt. bei der Philosophie und 15 pCt.
bei der Landwirthschaft genossen. In der ganzen
Reichstagsfraktion der konservativen Partei ist also die
Landwirthschaft nach dem Rangabstand des Beschäftigungs-
nachweises spärlich vertreten. Gerade die Haupt-
sprecher in der Fraktion sind keine ausgebil-
deten Landwirthe, sondern Offiziere a. D. und
Juristen a. D. In der konservativen Fraktion des
preussischen Landtags ist es nicht um ein Haar
besser. Es ist kein Wunder, daß die agrarischen
Kräfte mit ihrer Weichheit der Rabattenchule, der
Offizierschule und der Pandekten auf ihrer Scholle
nicht fertig werden.

— (Zweiterwige.) Nach dem stenographischen
Bericht hat Abg. Freiherr v. Mantuffel kurz vor
Schluß des Reichstags gegen Herrn v. Bennigsen
geäußert, derselbe habe unlängst darauf hingewiesen,
daß die Landwirthschaft an Rebenennahmen und aus
den gesteigerten Preisen derselben einen nicht ganz
unerbittlichen Reingewinn hätte als früher. Frei-
herr v. Mantuffel fuhr abdamn fort, wie folgt:
„Er hat sogar auf die Eier Bezug genommen.
Ja, meine Herren, wenn die Landwirthschaft von
den Eiern leben soll, dann glaube ich, wäre sie
bereits am Rande des Verderbens angekommen.
Mag der Verbrauch an Eiern in der national-
liberalen Partei bei den vielen Eierlängen,
die sie auszuführen hat, auch noch so groß sein,
so glaube ich doch, daß die Eier, die die national-
liberale Partei zu Wege bringen wird, ziemlich
unfruchtbar sein werden, nachdem ihr der Haub
abhanden gekommen ist.“

Die „Nationallib. Corresp.“ beklagt diese Ver-
wahrung des Tones, welche solche Äußerungen im
Reichstage mit sich bringen. Die „Nationalz.“
nennt diese Rede des Freiherrn v. Mantuffel ein
Gemisch von Albernheit und Dreistigkeit. Sie rüht
„Herrn v. Mantuffel, sich, wenn es mit der Land-
wirthschaft in der That so ganz und gar nicht geht,
wie er behauptet, um eine Stelle als Clown in
einem Circus zu bewerben; aber natürlich nur in
einem solchen untergeordneten Range; für Neuz
würde der Wig eines so traurigen Spahmannes
nicht ausreichen.“

— (Zur „Kladderadatsch“-Affaire.) Herr
Polkorsky, der in dem Duell v. Riberlen-
Wächter-Polkorsky verwundete Redacteur des
„Kladderadatsch“ dänische, wie die „Polem. Corre-
spondenz“ schreibt, nach seiner Operation nicht
mehr in seine redactionelle Stellung zurückkehren,
zum mindesten aber in Zukunft nicht mehr als „ver-
antwortlich“ zeichnender Redacteur fungiren. Damit
dürfte aber der „Kladderadatsch Scandal“ noch nicht
zum Abschluß gekommen sein; vielmehr könne man
sich darauf gefaßt machen, von einer neuen Duell-
Affaire zu hören. Der Vorwurf des Reclame-
Bedürfnisses, welchen man dem Kladderadatsch-Verlag
und der Redaction im Hinblick auf seine Briefstufen-
Entscheidungen machte, scheint sich durch die That-
sachen nunmehr als gerechtfertigt zu erweisen.

— (Colonialpolitik.) Ueber Emin in Pascha
bringt der belgische Lieutenant Scheerling, der aus
dem Kongogebiet kürzlich in Brüssel eingetroffen ist,
noch einige interessante Mittheilungen. Als die
Belgier in Kasongo eingetroffen, fanden sie das letzte
Tagebuch Emin Paschas; es schloß am 23. Octbr.
1892, vormittags 10 Uhr, mit den Worten: „Das
Barometer steigt schnell.“ Emin führte das Tage-
buch mit größter Sorgfalt und hielt es täglich auf
dem Laufenden; er muß am 23. oder 24. October
ermordet worden sein; in der letzten Zeit hatte er
durch Hunger schwer zu leiden. Man muß eine
Lupe nehmen, um seine Handchrift zu entziffern.
Das Tagebuch ist in deutscher Sprache mit römischen
Schriftzeichen geschrieben. Der Mörder Emin's, Saib
ben Abd wurde durch eine Kugel in die Seite ge-
troffen und von den Arabern in einer Hängematte
fortgeführt; er erlief aber dennoch den ihm gebüh-
renden Lohn, da er bei Abgabe gefangen und hingerichtet
wurde. — Aus dem Kongoraat meldet ein der
Verwaltung des Kongoraats zugehöriges Telegramm
die Einnahme der zwichen dem Tanganjika-See und
dem Manjema-Gebiet gelegenen Stadt Kalambare
durch die unter dem Befehl des Lieutenant's Louisa
stehenden Truppen. — Wegen Abänderung des
Samoavertrages hat sich der Londoner General-
agent für Neuseeland jetzt offiziell mit dem eng-
lischen Colonialamt in Verbindung gesetzt und dar-
gelegt, daß die Verwaltung der Inseln durch Neu-
seeland den vorwärtigen Forderungen ein Ende setzen
und den Handel zwischen Neuseeland und Samoa heben
dürfte.

Parlamentarisches.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 24. April.) Im
Abg. Hanke kam es heute, nachdem noch die Abg. Rickerz
und Richter gegen Krause (nl.) u. Schmitz-Ortelien

(Cent.) für fatalische v. Mendel (kon.) für obli-
gatorische Landwirthschaftsamern gebrochen, zur
Abstimmung. Der Antrag vom Grafen Reiche, betreffend
falschliche Landwirthschaftsamern, wurde mit 206 gegen
133 Stimmen abgelehnt. Für denselben stimmten die
Nationalliberalen, die beiden freisinnigen Gruppen, die Frei-
konserativen bis auf Graf Benckhoff und v. Balow, von
den Konservativen v. Bloch und vom Centrum Schmitz-
Ortelien. Darauf wurde wiederum in namenhafter Ab-
stimmung § 1 der Regierungsvorlage mit 280 gegen 106
Stimmen angenommen. Das Centrum stimmte nach der
Erklärung des Abg. Schmitz nur vorläufig für die Kammer,
machte aber seine endgültige Entscheidung von Abänderungen
der Commissionsentwürfe abhängig. Was hinter diese
Taktik steht, ist noch unklar. — Nächste Sitzung Mittwoch.

— Das Herrenhaus hatte am Dienstag nur
eine kurze Sitzung, in welcher kleinere Vorlagen und
Petitionen erledigt wurden. Auch auf der Tages-
ordnung der Mittwoch-Sitzung stehen nur kleinere
Vorlagen.

— In's Herrenhaus ist auf Vorschlag des
Abentheueren Commissions in Kiel an Stelle des
verstorbenen Professor Fockhammer der Professor
Dr. Reineke auf Lebenszeit berufen worden.

— Ueber den weiteren Verlauf der
Landtagssession werden oftmals folgende Ver-
mutungen geäußert: Ob die Landtagssession zu
Pflanzlingen geschlossen werden kann und welche Ge-
gebnisse sie haben wird, hängt wesentlich von dem
Verlauf der Verhandlungen über die Landwirth-
schaftsamern ab. Man nimmt an, daß sich
die zweite Lesung dieser Vorlage bis einschließlich
Donnerstag hinziehen wird. Wird unter Benutzung
des Freitag zur Erledigung kleinerer Vorlagen am
Sonnabend die dritte Lesung des Entwurfs zum
Abschluß gebracht, so wird das Herrenhaus Zeit
haben, die schwierige Materie zu erledigen und selbst
eine Rückverweisung an das Abgeordnetenhaus den
Schluß des Landtags vor Pflanzlingen nicht auszu-
schließen. Zieht sich indessen die dritte Lesung bis in die
nächste Woche hinein, so dürfte der Schluß vor
Pflanzlingen kaum möglich sein. Die Kanalvorlage
und das Kirchengesetz, welche in dieser Reihen-
folge abdamn zur Verhandlung kommen, werden, wie
angenommen wird, den Schluß nicht verzögern.
Das Schicksal der ersten Vorlage ist ungewis, eine
wesentliche Änderung nicht wahrscheinlich. Das
Kirchengesetz wird aller Wahrscheinlichkeit nach in
der Fassung des Herrenhauses angenommen werden.
Nicht ganz ungewislich aber ist es, ob die Land-
wirthschaftsamern-Vorlage überhaupt an das
Herrenhaus gelangt.

Provinz und Umgegend.

† Weisenfeld, 24. April. Auf Einladung des
Ingenieurs Herrn Witte hatte sich gestern Nach-
mittags eine aus über hundert Personen — zu zwei
Dritteln vom Lande, zu einem Theile aus Weisen-
feld — bestehende Versammlung im Saale des
„Goldenen Hirsches“ eingefunden, welche das von Herrn
Witte entworfene Eisenbahnproject Weisen-
feld-Neumarkt-Mücheln in Beratung nahm.
Zum Vorsitzenden wurde einstimmig Herr Bürger-
meister Falkson gewählt. Nach den Begründungs-
worten entwickelte Herr Witte in längerer Aus-
führung an der Hand von Zeichnungen und statisti-
schen Berechnungen die Einzelheiten des Projectes.
Die Ausführungen wurden sehr beifällig aufgenommen.
In der Discussion entwickelte zunächst Herr v. Hell-
dorff, Baumeister der Eisenbahn, die Gründe, weshalb
er dem Projecte nicht abgeneigt; jedoch würde man
im Kreise Duerfur, der zugleich nach Halle gravitire,
um einer Verbindung mit Gorbetha Interesse entgegen-
bringen. Eine Ausnahme würde allerdings der städ-
tliche Theil des Kreises machen, wo man das Pro-
ject mit Jubel aufnehme. Redner empfiehlt eine
Verbindung mit Gorbetha, ezent. Verlängerung der
Bahn von Utha über Amstorf, Groß-Brandeburg etc.
nach Duerfur. Herr Witte führt aus, daß eine
Verbindung mit Gorbetha aus mehreren Gründen
nicht gedacht werden könne, hingegen eine Verlänge-
rung der Strecke bis Duerfur von vornherein ins
Auge gefaßt worden sei. Sei die jetzt geplante Strecke
erst gebaut, werde der Ausbau sich von selbst ent-
wickeln. Herr Kaupp. Mücheln hielt die Anlehnung
an die Staatbahn in Neumarkt nicht für zweckmäßig.
Mücheln wünschte bringen, direct berührt zu werden,
schon der jetzigen mäßigen Verkehrsverhältnisse
wegen. (Der Bahnhof ist 20 Minuten von der Stadt
entfernt.) Würde Mücheln von der projectirten
Bahn berührt, würde es ungewislich sein, seinem
Uebersichtsbereich von Neuseburg nach Weisenfeld
überzupringen. Herr Pastor Duval-Groß tritt
warm für die Seitenlinie Amstorf-Groß ein. Die
Ursachungen haben sein Interesse daran, mit Mücheln
verbunden zu werden, würden jedoch eine Verbindung
mit Weisenfeld mit Freuden begriffen. Bürgermeister
Falkson stellt zunächst fest und giebt seiner Freude
darüber Ausdruck, daß das Project allgemein mit
großem Interesse aufgenommen werde. Daß, wie sich
hier gezeigt habe, die Interessen nicht conform seien,
habe man ermahnen müssen; jedoch sei die gebachte

Eine durchgah nicht wandlungsunfähig und könne man immerhin versuchen, die Gegenstände, soweit wie thunlich, anzuschließen. Einer Verlängerung der Bahn nach Corbeis, wie sie Herr von Hellbott wünschte, würde die Stadt Weissenfels allerdings gar kein Interesse entgegen bringen. Heute sei der Zweck festzuhalten, ob der Bau einer Bahn in der in Frage stehenden Gegend gemächlich werde, und danach könne man ein Comité wählen, das die Ausführung des Projectes und die Ausgleichung der dazwischen interessierten Betheiler. Die Versammlung ist einstimmig für die Verfolgung des Projectes und wählt in das Comité die Herren: v. Hellbott, Jüngl., Pastor Dunal, Größ, Landrath Seb. Regierungsrath von Richter, Weissenfels, Landrath Böttcher, Duesfurt, Bürgermeister Falkson v. Weissenfels, R. Edel, Tagewörber, Ritter, Weissenfels, Herrsfurt, Größ, Distrikter Busch, Brandeburg, Amtsvorsteher Bobe, Brandeburg, Raudy, Müchlin, Graf

Rolle, Weissenfels, Seibitz, Neumarkt, Beyer, Rabendorf und Bauinspector Reil, Weissenfels. Zum Vorsitzenden des Comité wurde Herr Bürgermeister Falkson v. Weissenfels einstimmig gewählt. Das Comité hat das Recht, durch Cooptation sich bis auf 21 Mitglieder zu vergrößern. Nach Erledigung dieser Wahlen schloß Herr Bürgermeister Falkson die Versammlung.

† Gräfenthal, 21. April. In den letzten Tagen hat es im nahen Gohfeldorfer Domänenforst ein interessantes, das Herz des Forstmannes und des Naturfreundes aber freilich mit Wehmut erfüllendes Schauspiel gegeben. Die vier stämmigen Riesen des Waldes, 3 Tannen und eine Fichte, sind unter der Säge und der Art gefallen. Das Holz der Tannen war kerngesund. Es ließen sich bei einer der 170 Ringe auf der Schnittfläche zählen, die auf ein Alter von 180 Jahren schließen lassen. Der untere Durchmesser dieses Baumes betrug 1 29 Meter

der Umfang 4 Meter, die Höhe 41 1/2 Meter. Aus diesem einen Stamm lassen sich 18 1/2 Raummeter Holz heraus schlagen. Nach Anordnung der Staatsregierung in Weissenfels sollen die schiebenförmigen Abschnitte dieser alten Riesen auf die Ertritte Industrie- und Gewerbe-Ausstellung geschickt werden, um Zeugnis von dem zum Theil ganz seltenen Bestehen der Weissenfenger Domänenforste abzulegen.

† Werbaun, 22. April. Ein höchst beauerlicher Unfall hat sich auf dem Zwieggelied des Speltheus Vollbrechtshausen ereignet. Der derzeitige Inhaber dieser Firma, Herr Gröler, war im Begriff, aus einem entladenen Eisenbahnwagen zu steigen, blieb aber dabei an einem Nagel mit dem an der Hand befindlichen Leinwand so unglücklich hängen, daß der Finger bis zur Hälfte losgerissen und später die Abheilung des noch übrig gebliebenen Fingergliedes abzuwarten mußte.

Anzeigen.

Für diesen Theil übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Hausverkauf.

Ein neugebautes Haus-unbündel nebst Scheune, Stallungen und kleinem Garten, in nachstehendem Dorf mit Rittergut bei Müchlin, soll für den festen Preis von 3750 Mark bei wenig Anbahnung sofort verkauft werden. Preis bitte sich an Herrn K. Kruschwitz, Müchlin, zu wenden.

Billig zu verkaufen (zusammen oder einzeln)

eine Wetterbrücke mit Ständen und Planen, das, 4 Mr. lang 3 Mr. tief, eine Holzmaschine, 5 Saterenlauden, eine Sturm Laterne, eine gr. und eine kl. Koffertische, 18 Mr. neue Jugenddecoration.

Johannisstraße Nr. 10.

Ein noch gut erh. Sopha, ein großer eich. Ausziehtisch, ein Cyphenpatier, ein fast neuer Sommerüberzieher zu verkaufen. Weitestraße 10.

1 Decimal Waage mit Gewicht, 1 Kupfer Kessel, fast neu, 2 Euben Waagen, auch für Spielzimmer oder Küchle: Der passende, sind zu verkaufen. Schmalestrasse 16.

Ein noch guterhaltener dreirädriger Kinderwagen. Preis zu verkaufen. Im Eckstr. 7, im Laden.

Gute mehrlreie Speisekartoffeln und Futterrüben verkauft C. Elbe, Schmalestr.

200 Ctr. langes Roggenstroh und 1 Fuhre Gerstenspreu liegen zum Verkauf. Unteraltensberg 43.

Beste Speisekartoffeln,

wodurchmehrend, mehrlreich, halbtbar, Meiere 4 Ctr. Nr. 2 - bei Haus.

Ed. Klaus.

Einen größeren Posten gute Speisekartoffeln, bagefische und die so selbst den Nieren, sind im Ganzen und einzelnen Ctr. abzugeben. Kössen Nr. 13.

Markt 10

ist die 1. Etage, Logis, entz. Stube, Kammer, Küche, Speisekammer u. Zubehör an ruhige Leute sofort zu vermiethen.

Eine Wohnung von Stube, Kammer, Küche nebst Zubehör ist zu vermiethen und sofort oder später zu beziehen. Glogistauer Str. 21.

Eine Wohnung ist zu vermiethen und 1. Juli zu beziehen. Sand 7.

Dammstraße Nr. 8 ist die erste Etage zu vermiethen und 1. October zu beziehen. Eine Wohnung ist zu vermiethen und 1. Juli 1894 zu beziehen. Carl Hoffmann, kleine Müchlinstraße 16.

Eine freundliche möblirte Stube, in der Nähe der Bahn, ist zu vermiethen und sofort zu beziehen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Ein Logis, Stube, Vorhof und 2 Ställe, ist sofort oder 1. Juli zu beziehen. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Die Parterre-Wohnung, Weitestraße 5, bestehend aus 2 Stuben, 2 Kammern, Küche nebst Wasserleitung und Zubehör (besonders Corridor) ist sofort oder 1. Juli zu beziehen.

K. Pieritz.

Eine kleine Wohnung zu vermiethen. Brandenburgerstraße Nr. 2.

Eine möblirte Wohnung ist sofort zu vermiethen. Karlsrufer Str. 19, 1 Treppen.

Möblirte Stube nebst Kammer zu vermiethen. Markt 14.

Die Vaterländische Hagel-Versicherungsgesellschaft in Elberfeld,

gegründet mit einem Capitale von drei Millionen Mark, versichert zu billigen und festen Prämien, bei welchen die erste Nachzahlung erfolgen kann, Voreinzahlung aller Art, sowie Glasfäden gegen Hagelkugeln.

Die Versicherungen können auf das laufende Jahr, oder auf unbestimmte Dauer, oder auf eine bestimmte Reihe von Jahren abgeschlossen werden; für letztere wird ein entsprechender Prämien-Rabat gewährt.

Die Schäden werden in liberaler Weise regulirt und die festgestellten Entschädigungsbeträge promptly innerhalb Monatsfrist voll ausgezahlt.

Wähere Auskunft über die Versicherungs-Bedingungen und Antragsformulare bei den unterzeichneten Herren Agenten:

Stadtrath J. Jöhner in Merseburg, C. Herrich in Hildesheim, Adolph Balle, Director in Magdeburg, C. Boehm, Kaufmann in Ghortau, Hedra C. Hokenberg, Rentier in Weha, und bei der General-Agentur in Halle a. S., Magdeburgerstr. 41.

Telegr. Abz.: Gluckscollecte Berlin.

Bonner Victoria-Lotterie

Ziehung bestimmt 8. Mai cr. Hauptgewinne baar.

100,000, 10,000, 5,000 u. Original Loose à 1 Mk., 11 Loose 10 Mk., Porto und Abfr. 30 Pf. extra, erwünscht und versendet sofort.

M. Meyer's Glückscollecte, Berlin O. 17, Grüner Weg 40.

Kartoffeln,

bayerische und Magnum bonum, im Ganzen und Einzelnen abzugeben. O. Burkhardt, Klauke.

Grak für Hafer

eigenen sich, von Autoritäten anerkannt, am besten Getrocknete Bietreber.

Garantie 26 - 30 Prozent Br. u. Fett, also ca. doppelt soviel Nährwerth wie im Hafer. Im Einzelnen ab meinem Lager 4 Ctr. 6 Mk., bei ganzen Ladungen entsprechend billiger.

Oscar Sonntag,

Merseburg a. S.

Dank.

Meine Tochter bekam im vorigen Jahre eine harte Entzündung der Augen und zwar Regenbogen- und Hornhautentzündung. Ich gab mein Kind dem Specialarzt zur Behandlung in die Klinik, aus welcher es nach 3 1/2 Wochen ungeheilt entlassen wurde.

Darauf wandte ich mich an Herrn Dr. med. Volbeding, homöopath. Arzt in Düsseldorf, welcher meine Schwester vor längerer Zeit von einem schweren Nierenleiden befreit hatte, und hatte ich die Freude, daß die Augen meines Kindes in kurzer Zeit ohne jedes Argern, Pinseln oder Einträufeln von irgendwelchen Sachen nur durch Einnehmen von Arznei geheilt wurden.

Herrn Dr. med. Volbeding meinen öffentlichen Dank. Gerresheim, Gluckstraße, Ekatherstr. 219. Moriz Benzel.

Ausstenern in Möbel- u. Polsterwaaren

Constantin Decker, Stolz i. Rom. Prodnolle reichhaltige Musterbücher sende franco zur Ansicht. (8849/3.)

Büde zum Waschen und Plätten in und außer dem Hause wird angenommen. Rossmarkt 5, 2 Treppen.

Zur Anfertigung v. Damen- und Kindergarderobe in und außer dem Hause empfiehlt sich Ida Manck, Sand 19.

Geschäfts-Gröfnung.

Den geehrten Bewohnern der Amtshäuser, von Rentnern und des Neumarkts die ergebenste Anzeige, daß ich in diesen Tagen im Hause Amtshäuser Nr. 1 eine

Brot-, Weiß-, Kuchen-, Thee- und Weingeback-Bäckerei eröffnet habe.

Es wird mein eigeines Verfahren sein, durch Lieferung vorzüglicher, wohlsmehender, großer Backwaare und durch reelle und prompte Bedienung mit die Zufriedenheit eines verehrten Publikum zu erwerben und zu erhalten.

Mit diesem Verfahren verbinde ich die ergebenste Bitte, mich in meinem Unernehmen freuntlich zu unterstützen.

Nach Waage sind willkommen. Merseburg, im April 1894. Hochachtungsvoll.

Reinhold Sachse,

Vateramtier, Amtshäuser Nr. 1.

Verfällbare Zuggardineinrichtungen,

bester Fabrikat, von Rung & Schreiber, Chemnitz, empfiehlt von 75 Pf. an das Stück Albert Bohrmann.

Feinste Tafelbutter,

Vollmilch und Magermilch. Buttermilch, täglich frisch, auch am Morgen zu haben. Saure und süße Sahne.

Vimburger à Pfd. 30 Pf., Sartzlase 3 Stück 10 Pf., 2 " 10 "

Camembert (franz. Weichkäse), Quart à Pfd. 15 Pf. empfiehlt

Dampfmolkerei Merseburg, Carl Rauch, Amtshäuser 8. Markt 28.



Gandersheimer Sauterhäuser

Ratten u. Mäuse vernichtet sicher das 1. Haus. Tiere ungefährlich, Mittel u. Knob. Doppel. Halle a/S. Dose à 40 u. 75 Pf. bei Carl Herfurth, Weitestr.

Suften-Stiller

à Dose 10 Pf. empfiehlt Gustav Schönberger jun.

Wagenreise, Wagenachsen

offerten billig. Gebr. Wiegand.

7. hausschlachtene Würst, frisch und geräucher, empfiehlt Julius Grobe, Saalstr. 4.

Frischen Schellfisch auf Eis, frische lebende Aechel, frische Oder-Morgeln, neue Maties-Beringe empfiehlt C. L. Zimmermann.



Dr. Fritz's N. N. B. L. LACKARBE. werden sofort und dauernd beseitigt durch Selbstpflömbren hoher Zähne mit Walther's flüssigen Zahnkitt. In Fl. à 35 Pf. zu haben in Merseburg bei Herrn Paul Berger, Neumarkt-Drogerie. [7854]

Unübertroffen!

als Schönholtsmittel und zur Hautpflege, zur Bedeckung von Wunden und in der Kinderstube.

Lanolin-Follette-Gram. der Lanolinfabrik Martinkelfeld b. Berlin.

Nur löst mit Lanolin dieser Schutzmarke. Zu haben in Bismarckstr. à 20 und à 40 Pf.

in der Dou-Apothek, in den Drogerien von Wilh. Kieslich und Paul Berger.

Ketten!

Galferketten, Stangenketten, Brufketten, Erteketten, Kubketten, Ochsenjäume, Ochsenfränge, Pferdefränge.

empfehlen sehr billig um damit zu räumen. Albert Bohrmann.

Merseburger Correspondent.

Er scheint:
Sonntag, Montag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Gesellschafts-Kasse: Degetau Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:

Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung.
1 Mark 10 Pf. durch den Gerumträger.
1 Mark 25 Pf. durch die Post.

Nr. 81.

Donnerstag den 26. April.

1894.

Für die Monate Mai und Juni werden Abonnements auf den „Merseburger Correspondent“ zum Preise von 80 resp. 84 Pf. von allen Postanstalten, Postboten, sowie in der Expedition entgegengenommen.

Inserate finden bei der großen Auflage des Blattes die zweckentsprechendste Verbreitung.

Der Commissionsbericht über die kirchenpolitische Novelle.

Der schriftliche Bericht der Commission des Abgeordnetenhauses über die Novelle zu der Kirchengemeinde- und Synodalordnung ist mit überraschender Schnelligkeit bereits am Montag zur Berathung gelangt; aber er ist auch darnach. Schriftliche Berichte haben nur einen Zweck, wenn sie den Abgeordneten das vollständige Material zur Beurteilung der Fragen vorführen, um deren Entscheidung es sich handelt. Daß das im vorliegenden Falle nicht geschieht, ist anscheinend nicht die Schuld des Berichterstatters, sondern diejenige der Commission. Die Berathung des § 1 der Vorlage, welcher die einzelnen Bestimmungen der Vorlage aufzählt, die in Zukunft nur mittelst eines durch die kaiserliche Gesetzgebung gegebenen Kirchengesetzes abgeändert werden können, wurde im Hause erledigt. Von Interesse ist, daß derselbe Cultusminister, der in der Generaldiscussion die Vorlage damit motivirte, es sei Pflicht des Staates gewesen, die zum Frieden gebotene Hand (welcher Hand ist das?) zu ergreifen, damit nicht die „streng kirchliche Richtung“, das heißt, die überhandnehmende Bewegung im Sinne der Reichs-Hammerstein'schen Anträge wieder mit ihren weitgehenden Ansprüchen die Oberhand gewinne, nachher die Abänderung der §§ 34 und 35 der Gemeinde- und Synodalordnung, betreffend das aktive und passive Wahlrecht in der Gemeinde durch ein Kirchengesetz allein zwar für unbedenklich hielt, aber mit Rücksicht auf die Haltung der Freikonservativen und National-liberalen folgendes erklärte: „Andererseits muß die Staatsregierung den lebhaften Wunsch hegen, daß die Vorlage eine möglichst große Mehrheit im Hause findet und wird sie daher, wie ich für meine Person annehmen möchte, aus dieser Rücksicht einem Beschlusse, wonach es bei der staatsgesetzlichen Bindung jenes Paragraphen auch ferner bewenden soll, keinen Widerspruch entgegenzusetzen, vielmehr Alles aufbieten, um die Annahme der Vorlage in der so abganzerten Gestalt auch beim Herrenhause durchzusetzen.“ Für die kaiserliche Bindung stimmten aber nur die drei Freikonservativen, gegen dieselbe acht Conservativen. Bei Anwesenheit der sechs National-liberalen und Freiköniglichen, die bekanntlich die Theilnahme an der Verhandlung abgelehnt hatten, wäre, da das Centrum sich in diesen Detailfragen der Abstimmung enthielt, der Antrag auf kaiserliche Bindung des ganzen § 34 mit 9 gegen 8 Stimmen angenommen worden, während für und gegen kaiserliche Bindung des § 35 (Wahlbarkeit) Stimmengleichheit gewesen wäre. Nach § 2 der Vorlage sollen in Zukunft Kirchengesetze dem Könige zur Sanction vorgeliegt werden können, auch wenn das Staatsministerium nicht erklärt, daß von Staatswegen nichts zu erinuern sei, während nach der jetzigen Fassung der bezüglichen Bestimmung die Vorlegung des Kirchengesetzes an den König ausgeschlossen ist, wenn das Staatsministerium die sog. Unschädlichkeitserklärung nicht abgibt. Der Cultusminister vertritt den Standpunkt, daß thatsächlich nichts geändert werde. Auch nach der bisherigen Bestimmung wäre die oberste Kirchenbehörde „formell“ nicht beibehalten, in dem Falle, wo das Staatsministerium das Kirchengesetz beanstandet, dem Weg der Beschwerde beim König zu beschreiten! Kläglich sei es allerdings möglich, daß der König das seitens des Staatsministeriums beanstandete Kirchengesetz vollziehe.

„Entscheidet er, führte Minister Doffe aus, gegen das Staatsministerium, so ist der Conflict zwischen beiden vorhanden und das Staatsministerium wird sich, wie bei jedem anderen Conflict, in welchen es mit dem Staatsoberhaupt geräth, die Frage vorlegen müssen, ob es seine Ansicht aufgeben oder demissioniren will.“ Darnach weist man also, was es zu betonen hat, wenn in der Begründung der Vorlage gesagt ist, das Gesetz werde nur die Wirkung haben, daß auch in Zukunft die kaiserliche Aufsicht über die Kirchengesetzgebung ausgeübt werde; nur trete das Staatsministerium an die Stelle der Staatsgesetzgebung! In Wirklichkeit bedeutet das Gesetz die Veräußerung der kaiserlichen Aufsicht überall da, wo das Staatsministerium allein ohne Mitwirkung der gesetzgebenden Faktoren entscheidet. Für die kirchlichen, die sich darüber den Kopf zerbrechen, daß Herr Dr. Niquel, der preussische Finanzminister, die Doffe'sche Vorlage im Staatsministerium nicht beanstandet hat, ist der Bericht insofern von besonderem Interesse, als er Äußerungen des national-liberalen Abgeordneten Dr. Niquel vom 26. Februar und 9. Mai 1876 anführt, die es für gleichgültig erklären, ob die Kirchengesetze mit oder ohne Unschädlichkeitserklärung des Staatsministeriums dem Könige vorgelegt werden können. Die Unterscheidung sei „wesentlich unpraktisch“, weil die Gefahr eines wirklichen Conflictes sehr gering sei! Herr Niquel ist heute noch derselben Ansicht wie 1876 trotz der Reichs-Hammerstein'schen Bewegung und trotz der Herrschaft der Eider u. Gen. in der Generalynode und obgleich die Gefahr eines Conflictes oder — was noch schlimmer ist — einer weichenartigen Nachgiebigkeit seitens des Staates in dem Maße zunimmt, als die Kirchengesetzgebung von den Fesseln der Beaufsichtigung durch die Staatsgesetzgebung gelöst wird. Daß bei der Schlussabstimmung in der Commission von den drei Freikonservativen nur Frh. v. Jellitz bei seinem Widerspruch gegen das Gesetz beharrte, während die Abg. Schreiber und Weyerbusch unter nichtigen Voraussetzungen sich der Mehrheit unterwarfen ist charakteristisch.

des Gesetzes vom 27. März 1882 herbeizuführen, welche die über einen bestimmten Betrag hinausgehenden Ueberschüsse der Staatsbahnverwaltung der Verwendung für allgemeine Staatsverwaltungs-zwecke entzieht. 3) Die dauernde Ordnung der Staatsfinanzen verlangt, daß eine feste Abgrenzung der Beiträge Preussens für die Bedürfnisse des Reichs erfolgt und daß letzteres nicht allein für die Aufbringung der für seine Aufgaben notwendigen Mittel aus den ihm reichsverfassungsmäßig zustehenden Quellen, sondern auch für Ueberweisungen an die Einzelstaaten in einem die Materialarbeit übersteigenden Maße Sorge trägt.“ Biquemer kann man es sich nicht wohl machen. Preußen will Schulden bilden, die Ueberschüsse seiner Staatsbahnen über eine feste Summe hinaus zu Tarifformen u. s. w. verwenden, überläßt es aber dem Reichstag, durch neue Steuern die dazu erforderlichen Geldmittel zu beschaffen. Dem Reichstagspräsidenten des Centrums in der Commission nur ein einziges für diese Resolution gestimmt hat, während im Reichstag die Centrumspartei die Entscheidung in der Hand hat.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Die ungarische Arbeiterrevolte in Gombocz-Basarhely erinnert nach den vorliegenden näheren Berichten an die letzten italienischen Unruhen. Die Arbeiter bewirkten die Steuerzahlung. Zum 1. Mai wurden große Vorbereitungen getroffen. Unter den Arbeitern wurden Denkschriften vertheilt, welche ihre Forderungen enthielten: Allgemeines Stimmrecht und achtstündige Arbeitszeit. Es waren ferner der „Voss. Zig.“ zufolge Detailpläne ausgearbeitet, nach denen die Gombocz-Basarhelyer Arbeiter unter die Arbeiter eingetheilt werden sollten. Wahrscheinlich war die Bewegung erst für den 1. Mai geplant, ist aber in Folge der Verhaftung des Führers bereits früher ausgedbrochen. Die Arbeiter brangen in das Stadthaus und richteten eine wilde Forderung an.

Italien. In der Deputirtenkammer hat die Regierung am Montag abermals einen Erfolg errungen. Nach Beendigung der Berathung des Marinebudgets beantragten Balli und Cavallotti, die Berathung der Finanzmaßregeln gleich nach dem Budget des Innern auf die Tagesordnung zu setzen. Crispi sprach dagegen, erklärte aber, die Regierung sei bereit, diese Maßregeln vor dem Schatz- und Einnahme-Budget, oder auch an einem bestimmten Tage, etwa dem 20. oder 15. Mai zu beraten. Im hainemlichen Abstimmung wurde darauf der Antrag Cavallotti mit 269 gegen 56 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Crispi, die Finanzmaßregeln auf die Tagesordnung vom 15. Mai zu setzen, wurde mit großer Majorität angenommen.

England. Ueber die englische Erbschaftsteuer erklärte in der Romtagung des Unterhauses Schaplanier Harcourt, das im Ausland befindliche Eigenthum von im Vereinigten Königreich domicilirten Ausländern sei ebenfalls der neuen Steuer unterworfen. Bisher hätten die Erbschaftsteuer ungefähr 10 Millionen eingebracht; davon müssten nahezu 9 Millionen auf bewegliches und etwa 1 1/2 Millionen auf unbewegliches Gut. Die neue Steuer werde 13 1/2 Millionen, und zwar das bewegliche Eigenthum 11 Millionen, das unbewegliche 2 1/2 Millionen bringen. — Der Anarchist Ferrara, der in London verhaftet worden ist, hat bereits mehrere ihm schwer gravirende Zugriffsstücke gemacht, die ihn als einen sehr gefährlichen Menschen erscheinen lassen. Der Polizeicommissar Dr. Guirengie bei seiner Vernehmung aus, er habe eine vom Anarchisten Polti bei dessen Verhaftung abgegebene Erklärung überlegt, in welcher dieser Ferrara alias Farandi alias Carnot beschuldigte und behauptete, daß er, Polti, die Anarchisten verabsäume, welche zu gefährlich für ihn seien. Auf dem Wege zu dem Polizeibureau habe Carnot geäußert, wenn er Geld gehabt hätte, würde er einen Revolver gekauft haben,



messene Schuldentilgung auf gesetzlicher Grundlage zu erstreben. 2) Im Anschluß an die Beschlüsse der Budgetcommission und des Abgeordnetenhauses vom 30. Mai resp. 28. Juni 1893 ist eine Aenderung